

Betreff: Auswirkungen der Einsparungen durch die Bundesregierung auf den Grazer Arbeitsmarkt/ übergreifende „Plattform Arbeits- und Wirtschaftsstandort Graz“



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unbestritten ist: Wir haben zur Zeit das große Glück, europaweit eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs registrieren zu dürfen, die Auftragsbücher sind – wie es so schön heißt – im Moment voll, die Arbeitslosenzahlen sind derzeit rückläufig.

Und doch – so rosig ist die Situation dennoch nicht: Allein im Arbeitsmarktbezirk Graz waren im Februar 17.858 Menschen als arbeitssuchend gemeldet – 6750 Frauen und 11.108 Männer. Besonders schlimm – wie gehabt – ist mit 9,8 Prozent die Arbeitslosigkeit bei den über 50-jährigen. Und wie gehabt die Hauptursache für die insgesamt immer noch bei 9,5 Prozent liegende Arbeitslosenrate: Die schlechte Ausbildung.

Doch was macht diese Bundesregierung: Statt in Zeiten des Aufschwunges, wenn man es sich quasi leisten könnte, entsprechende Förderprogramme zu starten, um auch für jene die Chancen zu erhöhen, die selbst in sogenannten guten Zeiten auf der Strecke zu bleiben drohen, wird gespart: Die Aktion 20.000 – das Förderprogramm für über 50 Jahre alte Arbeitssuchende, die es allein ihres Alters wegen ungemein schwer haben, eine Beschäftigung zu finden - wurde handstreichartig gestoppt und jetzt wird insgesamt zu einem Kahlschlag beim AMS angesetzt. Denn anders als Kahlschlag ist eine 30prozentige Einsparung nicht zu bezeichnen, das sind österreichweit 600 Millionen Euro, die primär für Förderprogramme bei Langzeitarbeitslosen, bei Integrationsmaßnahmen und natürlich bei den älteren Arbeitslosen eingespart werden sollen.

Noch einmal: Genau das sind die Gruppen, die auch in Graz die schlechtesten Karten haben, wenn es um Jobs geht: Wir hatten im Februar in unserem Arbeitsmarktbezirk 5728 Langzeitarbeitslose; 4941 als arbeitslos gemeldete Menschen waren über 50 Jahre alt und bei den AusländerInnen lag die Arbeitslosenquote bei 18,2 Prozent.

Doch primär bei diesen Gruppen soll – so die Regierungsvorgabe – gespart werden. Und dass eine Kürzung des AMS-Jahresbudgets von insgesamt 1,94 Milliarden Euro auf 1,35 Milliarden Euro nicht ohne gravierende Folgen – auch auf Graz – bleiben wird, steht wohl außer Diskussion.

Leider würde es nicht viel nutzen, sich mit einer Petition an die Bundesregierung zu wenden und vor den möglichen Folgen dieser Sparpolitik zu warnen – wir haben ja gesehen, mit welcher Ignoranz die neue Bundesregierung etwa die Anti-Raucher-Initiativen straft. Die Petition der Stadt: Ist egal. Appelle von fast allen Landeshauptmännern: Sind egal. Über 500.000 Unterschriften allein schon im Einleitungsverfahren: Was kümmert das Kanzler, Vizekanzler und Parlamentsmehrheit – was in China die Mao-Bibel war, ist jetzt die Koalitionsvereinbarung: Auch wenn noch so widersinnig, krallt man sich daran fest.

Wenn wir diese in Summe in unserem Bezirk 17.858 arbeitssuchenden Menschen dabei unterstützen wollen, dass sie endlich eine Arbeit bekommen, dass sie sich in der Gesellschaft angekommen, von ihr angenommen fühlen, wenn wir ihren Familien ihre berechtigten existenziellen Ängste nehmen wollen, dann müssen wir als Stadt Initiative zeigen, aktiv werden, handeln.

Dass eine Kommune nicht in der Lage ist, tausende Arbeitsplätze zu schaffen, ist klar. Was aber eine Kommune machen kann ist, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, an wichtigen Netzwerken mitzuwirken, mitzudenken, zu koordinieren. Dazu bedarf es permanent aktueller Datenmaterialien – über diese verfügt das AMS. Es bedarf Analysen betreffend künftige Entwicklungen bzw. Auswirkungen von Vorhaben der Bundes- oder Landesebene – auch da haben wir mit AMS, mit den Sozialpartnern Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Gewerkschaft exzellente Partner; dank hervorragenden Fort- und Weiterbildungseinrichtungen BFI, BIT, Wifi, dank unserer Rolle als Universitäts- und Fachhochschulstandort ist Graz Sitz exzellenter Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt ist Graz auch Sitz von Top-Unternehmen. Was jetzt noch zu tun ist: Bringen wir diese alle an einen Tisch – um gemeinsam kontinuierlich, konsequent und regelmäßig, vergleichbar mit dem Wohnbautisch auf Landesebene, die Ist-Situation am Arbeitsmarkt sowie Chancen, Risiken und Möglichkeiten zu analysieren und Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort Graz bestmöglich zu fördern, und das selbstverständlich unter Einschluss von VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen.

Namens der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, gemäß Motivenbericht eine „Plattform Arbeits- und Wirtschaftsstandort Graz“ zu initiieren, bei dem unter Mitwirkung von VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, von AMS, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, ÖGB, Industriellenvereinigung, der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen BFI, BIT und Wifi, VertreterInnen der Universitäten und der Fachhochschulen sowie von Grazer Top-Unternehmen regelmäßig die Entwicklungen/Erfordernisse/Notwendigkeiten der Arbeitsmarktsituation Graz unter anderem auch in Hinblick auf Konsequenzen aus Maßnahmen der Bundesregierung analysiert und Möglichkeiten/Strategien entwickelt werden, um den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort Graz bestmöglich zu fördern.